

## Anpassung an den Klimawandel

Die in dieser Woche von der Europäischen Union vorgestellten verbesserten Klimaziel für 2030 werden nichts daran ändern, dass wir auch in Zukunft mit Klimakatastrophen rechnen und umgehen müssen. Ganz aktuell und hautnah müssen wir in Deutschland feststellen, welche katastrophalen Auswirkungen die extremen Wetterbedingungen auf Infrastruktur, Bevölkerung und Einsatzkräfte haben.

Im Rahmen des European Green Deal hat die Europäische Kommission im Februar 2021 eine neue Strategie zur Anpassung an den Klimawandel auf den Weg gebracht. Ziel ist es, die Europäische Union bis 2050 zu einer klimaresistenten Gesellschaft zu machen, die vollständig an den Klimawandel angepasst ist.

Die Strategie zielt darauf ab, die Anpassungsfähigkeit der Europäischen Union zu stärken und die Auswirkungen des Klimawandels zu verringern. Dies bedeutet, das Wissen über Klimaauswirkungen und -lösungen zu verbessern, Anpassungsplanung und -maßnahmen zu beschleunigen und zur Stärkung der Klimaresilienz in der Welt beizutragen.

### Was bedeutet das für Feuerwehren, Rettungsdienste und den Katastrophenschutz?

Die kritischen Folgen des Klimawandels, wie Überschwemmungen, Dürren, Waldbrände und extreme Hitze haben erhebliche Auswirkungen auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wie Feuerwehrleute, Angehörige der Gesundheitsberufe, der Rettungsdienste und des Katastrophenschutzes, die immer an vorderster Front stehen, wenn Notfälle auftreten; sie werden mit immer gefährlicheren Situationen konfrontiert sein.

Wir sehen, dass extreme Wetterbedingungen und steigende Temperaturen den Stress und die Arbeitsbelastung der Beschäftigten erhöhen.

In der Anpassungsstrategie der EU gibt es jedoch keine Vorschläge, wie die Einsatzkräfte vor den verheerenden Auswirkungen des Klimawandels zu schützen sind, mit denen sie konfrontiert sein werden.

Von 2019 bis 2021 führte der EGB (Europäischer Gewerkschaftsbund) ein Projekt zur Anpassung an den Klimawandel und die Arbeitswelt durch.

Das Ergebnis des Projekts ist ein Leitfaden für Gewerkschafter zur Anpassung an den Klimawandel und die Arbeitswelt. Öffentliche Versorgungsunternehmen sowie Notfall- und andere öffentliche Dienstleistungen sind als die beiden Sektoren in der EU identifiziert worden, die am stärksten vom Klimawandel betroffen sind.

Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass ohne zusätzliche Investitionen und ausreichende Finanzierung der öffentlichen Dienstleistungen in diesen Sektoren der Verlust von bis zu 90.000 Arbeitsplätzen bis 2050 droht. Dem gegenüber werden Naturkatastrophen und Extremwetterereignisse immense zusätzliche Anforderungen an zentrale und lokale Regierung, die Sozialdienste, das Bildungswesen, den öffentlichen Verkehr und die Katastrophenschutzeinheiten stellen.

Die gravierendsten Auswirkungen für den öffentlichen Sektor werden für Feuerwehr und Rettungsdienste sowie für den Gesundheitssektor erwartet. Bereiche, die im Kampf gegen die negativen Folgen des Klimawandels an vorderster Front stehen.

Der Bericht des EGB skizziert eine Reihe von Möglichkeiten, wie diese Sektoren negativ beeinflusst werden, und befasst sich mit Herausforderungen, mit denen die Gewerkschaften in diesen Sektoren in der gesamten EU konfrontiert sind, wie z. B. der Mangel an öffentlichen Mitteln und Personalmangel.

## **Feuerwehr und Klimawandel**

Der oben erwähnte EGB-Leitfaden skizziert, dass die Gefahr wetterbedingter Waldbrände voraussichtlich zunehmen wird, was sich natürlich nachteilig auf Feuerwehr und Rettungsdienste auswirken wird, da es zu einer höheren Arbeitsbelastung, einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Feuerwehrleute und erhöhten Risiken für ihre Sicherheit führen wird.

Große Probleme und Gefahren für Feuerwehrleute sind Hitzestress, Verletzungen durch unebenes Gelände, Rauchinhalation und sich schnell verbreitende Feuer. Darüber hinaus können große Wald- oder Heidebrände den Brandschutz in großen Gebieten vorübergehend einschränken, was zu erhöhten Reaktionszeiten bei Primärbränden und Rettungen führt.

Die Einsatzkräfte werden durch die Zunahme von Einsätzen ausgelaugt, die Krankheits- und Verletzungsraten können aufgrund der Erschöpfung ansteigen und die Ausrüstung wird aufgrund der häufigeren Nutzung stärker belastet.

Der Klimawandel wird zu Schwankungen der Niederschlagsmengen führen, was das Risiko von Dürren und Wasserknappheit erhöht, das sich negativ auf die Ausbildung und die Einsatzfähigkeit der Feuerwehren auswirken. Wasserversorger können den Druck in ihren Netzen reduzieren, um Leckagen zu minimieren, so dass Feuerwehrleute möglicherweise Wasser über längere Entfernungen von alternativen Wasserquellen weiterleiten müssen.

Die potenziellen Probleme im Zusammenhang mit den sich ändernden Wetterbedingungen erfordern geeignete Maßnahmen, wie z. B. zusätzliche Einstellungen und Investitionen in Ausrüstung (spezielle Feuerwehrgeräte, Tankwagen, tragbare Dämme, Flugzeuge und Hubschrauber, die bei der schnellen Löschung von Waldbränden helfen). Präventionsmaßnahmen wie aktualisierte Brandschutzbedarfspläne und regelmäßige und angemessene Schulungen müssen ebenfalls durchgesetzt werden.

Der Klimawandel wird auch zu einer Zunahme der Zahl von Überschwemmungen, Dürren, Stürmen und Hitzewellen führen, was sich wiederum auf die Arbeitsbedingungen, die Gesundheit und die Sicherheit der Feuerwehrleute auswirken wird. Bei einem Szenario mit hoher Erwärmung könnte sich das Hochwasserrisiko bis zum Ende des Jahrhunderts mehr als verdreifachen.

Notfall- und Rettungsdienste spielen bei Überschwemmungen drei Hauptrollen: (1) Notfallreaktion und Rettung, (2) Schadensbegrenzung und (3) Sicherheit in überfluteten Gebieten, bevor die Bewohner nach Hause zurückkehren dürfen.

Extreme Wetterereignisse stellen eine Vielzahl von Gesundheits- und Sicherheitsrisiken für Rettungskräfte dar, wie z. B. Verletzungen durch Ausrutschen und Stürze, Gefahr durch herabfallende Gegenstände, umstürzende Bäume, unzureichender Schlaf und Ernährung aufgrund langer und ununterbrochener Arbeitsschichten, körperlicher Erschöpfung, psychischer Belastung und Fahrzeugunfällen.

Andere potenzielle Gesundheits- und Sicherheitsrisiken im Zusammenhang mit Überschwemmungen sind: die Exposition gegenüber giftigen Substanzen oder kontaminiertem Hochwasser (mit chemischen Abfällen, Öl, Diesel, Pestiziden, Düngemitteln usw.), Asbest und anderen gefährlichen Stäuben, Schimmel, biologischen Arbeitsstoffen, Fluttrümmern, elektrischen Gefahren, Ertrinken und durch Blut übertragenen Krankheitserregern.

Klimatische Ereignisse können auch eine Quelle von erheblichem Stress für Arbeitnehmer sein, mit möglichen negativen Auswirkungen bei der Arbeit (Burn-out, erhöhte Gewalt am Arbeitsplatz usw.) und in ihrem Privatleben (Depressionen, posttraumatische Belastungsstörungen im Zusammenhang mit Aktivitäten während Aufräumarbeiten).

## **Reaktion des EGÖD auf den Vorschlag der EU-Kommission**

Der EGÖD hat das Ziel der Kommission begrüßt, die EU-Anpassungsstrategie von 2013 zu stärken und zu überarbeiten. Die vorgesehenen Ergebnisse der Strategie berücksichtigen allerdings nicht ausreichend die Auswirkungen des Klimawandels auf die öffentliche Daseinsvorsorge und insbesondere auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

## Die wichtigsten Forderungen des EGÖD für Feuerwehrleute und Rettungskräfte:

- Stärkung der Gesundheits- und Sicherheitsmaßnahmen von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wie Feuerwehrleuten, Rettungskräften, Gesundheitsfachkräften und Katastrophenschutzpersonal.
- Ergänzung der Strategie um Präventivmaßnahmen, wie flexible Arbeitszeiten, die Einstellung von mehr Personal, die Gewährleistung eines sicheren Arbeitsumfelds, angemessene Schutzausrüstung und die Vermittlung der erforderlichen Fähigkeiten und Kenntnisse zur Verringerung und Vermeidung von Klimarisiken in der Aus- und Fortbildung

Weitere Empfehlungen des EGÖD (und des EGB) zum Vorschlag der EU-Kommission:

- Einbeziehung einer stärkeren sozialen Dimension mit einem menschenzentrierten Ansatz. Für die soziale Dimension führt die Kommission das Konzept der gerechten Resilienz ein. Wir bedauern jedoch, dass dieses Konzept nicht klar definiert ist. Die Kommission sollte konkretere Vorschläge für die soziale Dimension unterbreiten, um die am stärksten gefährdeten Arbeitnehmer und Gemeinschaften zu schützen.
- Einführung konkreter politischer Maßnahmen zur Erhaltung von Arbeitsplätzen und zum Schutz der Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer. Es sollte eine klare Verbindung mit der EU-Strategie für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz bestehen, und parallel dazu sollte die Anpassungsstrategie auch aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sowie Umschulungs- und Schulungsprogramme fördern.
- Bereitstellung eines starken und integrativen Governance-Ansatzes, an dem Arbeitnehmer und Gewerkschaften beteiligt sind. Wir schlagen eine konkretere Beteiligung der Gewerkschaften an der Gestaltung und Umsetzung der nationalen Anpassungspläne und -strategien vor und fördern den Einsatz von Tarifverhandlungen und sozialem Dialog, um Probleme anzugehen, die durch die Auswirkungen des Klimawandels verursacht werden.
- Gewährleistung ausreichender Investitionen in öffentliche Dienstleistungen und Infrastrukturen sowie funktionierende und integrative Sozialschutzsysteme. Notfallhelfer und Sozialschutzmechanismen werden der Schlüssel zur Bewältigung künftiger Krisen und zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit unserer Gesellschaften sein. Sie sollten angemessen finanziert werden, und die Kommission sollte den Mitgliedstaaten klare Leitlinien und Empfehlungen zu ihrer Stärkung geben.
- Die EU-Strategie sollte das Recht auf Energie und das Recht auf Wasser umfassen. Die Verweise auf diese Rechte in der Strategie der Kommission sind schwach. Sie enthalten keine konkreten Bestimmungen zu ihrer Umsetzung. Häufigere extreme Ereignisse (sowohl im Winter als auch im Sommer) werden den universellen und erschwinglichen Zugang zu Wasser und Energie für Haushalte mit niedrigem Einkommen schwieriger machen. Sie müssen geschützt werden.
- Die EU-Strategie sollte einen geschlechtsspezifischen Ansatz verfolgen und den Anteil von Frauen im Entwicklungs- und Umsetzungsprozess der Strategie erhöhen. Der Klimawandel wird unterschiedliche Auswirkungen auf Männer und Frauen haben, und wenn eine Geschlechterperspektive nicht in die Anpassungspolitik einbezogen wird, werden die Ungleichheiten zunehmen.

Ver.di ist Mitglied der EGB, des EGÖD (Europäischer Gewerkschaftsbund für den öffentlichen Dienst) und des firefighters-network des EGÖD.